

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 2

Artikel: Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie
Autor: Gitermann, Valentin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-334611>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Glauben, der Berge versetzen kann. Bei Ausbruch der Revolution herrschte eine für die Sozialdemokratie *beispiellos günstige psychologische Situation*, so daß sie, einig und geschlossen, durch energisches und zielbewußtes Auftreten im Geiste Bebels das ganze deutsche Volk mit sich hätte fortreißen können.

Während die Massen der Mitglieder im Vertrauen auf die Führung und die Volksmassen im Vertrauen auf die Sozialdemokratie in dem Glauben waren, von Ebert und seinen Freunden in diesem Sinne geführt zu werden, *fraternisierten diese heimlich* mit den alten Gewalten und verhalfen ihnen wieder zu Macht und Einfluß. *Das ist und bleibt die historische Schuld von Ebert und Genossen*. Diese Schuld ist nicht zu bestreiten, wenn man nicht jede persönliche Verantwortlichkeit handelnder Personen leugnen und den Ablauf der Geschehnisse fatalistisch als einen unbeeinflußbaren, rein mechanischen Prozeß hinstellen will, was von Marx bekanntlich *nicht* geschehen ist, weshalb man sich zur Rechtfertigung von Ebert und seinen Freunden nicht auf Marx berufen kann.

Rosenbergs Behauptung von der *mangelnden Schulung und Reife* der deutschen Arbeiterklasse als Grundursache des Versagens der deutschen Revolution von 1918 braucht man nur entgegenzustellen, was *derselbe Rosenberg*, der in seiner industriellen Betriebsamkeit im Berliner Rowohlt-Verlag 1932 auch ein Buch «*Geschichte des Bolschewismus*» herausgegeben hat, darin über *Lenin* sagt, der unter primitivsten ökonomischen Verhältnissen und mit einer noch tief im Analphabetentum steckenden, ungeschulten und politisch unreifen Volksmasse die sozialistische Revolution über eine bürgerliche Zwischenstufe hinweg zum Siege geführt habe.

Für eine einwandfreie Darstellung der *deutschen Geschichte* der letzten Jahrzehnte fehlen Rosenberg *die elementarsten Voraussetzungen*. Wer ihm folgt, gerät in einen *Irrgarten*, in dem er sich im Kreise herumdreht und schließlich jede Richtung und Orientierung verliert, so daß er *nicht weiß*, was *geschichtliche Wahrheit* und was *tendenziöse Geschichtsklitterung* ist. Deshalb: Trau – schau – wem!

Zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Von Valentin G i t e r m a n n

Als Lenin beim Ausbruch des ersten Weltkrieges, Anfang August 1914, erfuhr, daß die Kriegskredite im Deutschen Reichstag mit Zustimmung der Sozialdemokraten bewilligt worden seien, weigerte er sich bekanntlich, dieser Meldung zu glauben; er brandmarkte sie zornig und aus voller Überzeugung als eine ungeheuerliche Finte des deutschen Generalstabs, der durch Betrug in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft Verwirrung hineinbringen wolle, um einen patriotischen Zusammenschluß des ganzen deutschen Volkes vorzutäuschen oder künstlich herbeizuführen. Eine Verbrüderung der deutschen Genossen mit der kaiserlichen Regierung hielt Lenin unter allen Umständen wohl für ebenso unmöglich wie den Übertritt des Papstes zum Luthertum.

In Wirklichkeit hatte Scheidemann am 4. August 1914 seinen berühmten demokratischen Hochruf auf «Kaiser, Volk und Vaterland» geprägt; andererseits hatte Wilhelm II. feierlich erklärt, er kenne fortan keine Parteien mehr, er kenne nur Deutsche. Nach dieser Besiegelung des Burgfriedens durfte füglich nicht mehr bezweifelt werden, daß die deutschen Genossen hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Einstellung zum imperialistischen Krieg eine durchaus nicht belanglose Schwenkung zum Ausdruck gebracht hatten. Binnen weniger Stunden mußte Lenin also einsehen, daß er den unschuldigen deutschen Generalstab ganz zu Unrecht der Lüge bezichtigt hatte, daß er vielmehr selbst einer Illusion zum Opfer gefallen war. Wie so viele Tausende seiner Zeitgenossen, hatte offenbar auch Lenin sich von der deutschen Sozialdemokratie der Vorkriegszeit ein nicht ganz zutreffendes Idealbild zurechtgelegt, so daß er nun völlig fassungslos einem unvorhergesehenen und unbegreiflichen Ereignis gegenüberstand.

Genau besehen, war die Haltung, welche die deutsche Sozialdemokratie mit Bezug auf Probleme der Außenpolitik an den Tag gelegt, schon in der «Ära Bebel» sehr widerspruchsvoll und zwiespältig gewesen. Das von Scheidemann vorgespochene Treuebekenntnis zu Kaiser, Volk und Vaterland war durchaus nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel zustande gekommen. Es gibt in der Geschichte keine plötzlichen Metamorphosen. Schon die von Bebel vertretene Politik enthielt unverkennbare Keime jener Tendenzen, welche im August 1914 und später den verhängnisvollen Kurs der deutschen Sozialdemokratie bestimmen sollten.

Gewiß herrschte in den Kundgebungen führender deutscher Sozialdemokraten der Bebelschen Ära die Entschlossenheit vor, die Politik des Kaiserreiches mit kompromißlos-revolutionärem Elan zu bekämpfen. Für den Fall eines Versuchs der Staatsgewalt, die Sozialdemokratie zu unterdrücken, hatte Bebel 1905 in Jena unter lebhafter Zustimmung des Parteitages sehr zuversichtlich erklärt: «So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. Ich weiß viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehnen, wo dieses geschähe. Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind.»¹

Hinsichtlich der Gefahr eines drohenden Krieges hatte vor allem Kautsky den grundsätzlichen Standpunkt der Partei wiederholt mit einer Deutlichkeit formuliert, die keinen Rückzug mehr gestattete. Er schrieb:

«Es ist Deutschland allein, dessen ablehnende Haltung (in der Abrüstungsfrage) ihnen (den modernen Großstaaten) das Wettrüsten aufzwingt. Nichts ist irriger, als aus der Tatsache, daß England und Frankreich fortfahren, aufs eifrigste zu rüsten, den Schluß zu ziehen, sie wollten von Abrüstung nichts wissen. Wohin diese Situation führt, ist klar und bereits fast allgemein anerkannt. England und Frankreich bedürfen dringend eines Abkommens mit Deutschland zur Einstellung der Rüstun-

¹ Parteitag in Jena, 1905, Protokoll S. 292.

gen. Läßt sich dieses nicht gutwillig darauf ein und gewinnt es von Tag zu Tag an Vorsprung, dann liegt der Gedanke nahe, es mit Gewalt zur Abrüstung zu zwingen, solange es noch nicht gar zu übermächtig geworden ist: Der Krieg ist die notwendige Alternative, wenn es nicht zu freiwilliger Abrüstung kommt. Krieg oder Abrüstung, das ist die Frage. Die Sozialdemokratie ist die entschiedenste Gegnerin des Krieges. Sie will ihn verhindern um jeden Preis. Darum muß sie um jeden Preis die freiwillige Einstellung des Wettrüstens anstreben. Und da die Haltung Deutschlands in dieser Frage entscheidet, fällt der deutschen Sozialdemokratie dabei eine führende Rolle zu.»²

Und ferner verkündete Kautsky: «Daß das Proletariat die einzige Klasse, die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die unter allen Umständen aufs energischste mit Nägeln und Zähnen für den Weltfrieden eintritt und dem Militarismus an den Kragen geht, das ist ein Gemeinplatz geworden. Darüber gibt es in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten.»³

Im selben Jahre 1912, da diese Äußerungen erschienen, durch welche Kautsky unmißverständlich zu erkennen gab, was die deutsche Sozialdemokratie im Falle eines bewaffneten Konflikts europäischer Großmächte zu tun haben werde, spielte sich die zweite Phase des Balkankrieges ab. Die serbischen und die bulgarischen Sozialisten hatten sich diesem Kriege widersetzt, und Kautsky lobte sie für diese Haltung: «Schwach wie die Industrie und das industrielle Proletariat der Balkanhalbinsel sind auch ihre sozialistischen Parteien. Sie waren nicht imstande, der Kriegsstimmung mehr als einen Protest entgegenzusetzen. Aber gerade weil sie noch so schwach sind, weil die Kriegsbegeisterung fast der gesamten Bevölkerung ihre Stimme erstickte, ist um so bewunderungswürdiger der Mut, mit dem sie sich dem Chauvinismus zu widersetzen wagten. Sie stellten sich damit neben Liebknecht und Bebel, die 1870 mit gleicher Kühnheit, bei gleicher Schwäche ihrer Partei, dem gleichen Kriegsgeschrei zu trotzen wagten...» «Nach dem (Balkan-) Kriege wird die Zeit kommen, wo die jetzige Haltung unserer Genossen in Serbien und Bulgarien ihre reichen Früchte tragen, wo das, was den Realpolitikern von heute als sinnloser Utopismus erscheint, sich als praktischste und machtvollste Politik bewähren wird.»⁴

Auf Grund dieser prinzipiellen Bekenntnisse, welche Kautsky zwei Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in der «Neuen Zeit» publizierte, hatte man doch wohl Anlaß zu erwarten (oder sich darauf gefaßt zu machen), daß die deutsche Sozialdemokratie, gestützt auf ihre numerische Stärke und auf ihre moralische Kraft, der zum Kriege treibenden Politik des Kaiserreiches wesentlich «mehr als einen Protest» entgegenzusetzen werde. In Wirklichkeit hat dann dieselbe Sozialdemokratie von ihren «Nägeln und Zähnen», vom Mut ihrer «verfluchten Kerle», vom 1870 gegebenen Vorbild Liebknechts und Bebels keinen Gebrauch ge-

² K. Kautsky in der «Neuen Zeit» vom 6. September 1912, S. 848.

³ K. Kautsky in der «Neuen Zeit» vom 26. April 1912, S. 97.

⁴ K. Kautsky in der «Neuen Zeit» vom 8. November 1912, S. 185 und 190.

macht; im Gegensatz zu den schwachen Genossen Bulgariens und Serbiens, hat sie dem «Kriegsgeschrei» nicht getrotzt, sondern sich diesem Kriegsgeschrei durch Scheidemanns patriotisches Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland angeschlossen.

Nicht darüber hat die Geschichte zu urteilen, ob die SPD. «richtig» oder «falsch» gehandelt hat, als sie die Kriegskredite genehmigte und mit den herrschenden Klassen einen Burgfrieden einging; denn diese Frage fällt in den Bereich der Politik, und man mag sie in guten Treuen verschieden beantworten. Die historische Untersuchung hat lediglich die Aufgabe, eine Erklärung dafür zu finden, *warum* die deutsche Sozialdemokratie ihren Vorsatz, gegen den Krieg aufzutreten, 1914 nicht ausgeführt hat und nicht ausführen konnte. Versagt eine Partei, fällt sie im entscheidenden Augenblick von ihren eigenen Richtlinien ab, so ist es auch nach Jahrzehnten noch der Mühe wert, die Ursachen dieses Vorgangs zu beleuchten. Nur durch rücksichtslose Selbstkritik kann die Arbeiterbewegung aus den Fehlern ihrer Vergangenheit lernen.

Imperialismus und Militarismus vorbehaltlos zu bekämpfen, schien für die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit, wie aus den oben angeführten Zitaten hervorgeht, unantastbarer Grundsatz zu sein. Dennoch stellte Kautsky den Sachverhalt etwas einseitig dar, wenn er behauptete, daß es darüber in der SPD. «keine Meinungsverschiedenheiten» gebe. Scharfblickende Augen konnten spätestens 1911 bemerken, daß das Verhältnis der SPD. zum Fragenkomplex des Imperialismus keineswegs auf eine eindeutige Formel gebracht werden konnte.

Im Jahre 1911 hatte sich der sozialdemokratische Parteitag zu Jena mit der *Marokko-Angelegenheit* zu befassen. Deutsche Kapitalisten hatten sich darüber beklagt, daß ihre Unternehmertätigkeit in Marokko von der französischen Regierung, angeblich unter Mißachtung vertraglicher Zusicherungen, behindert werde, und die kaiserliche Regierung hatte deshalb (oder unter diesem Vorwand) das deutsche Kriegsschiff «Panther» demonstrativ nach Agadir geschickt, wodurch die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes der Großmächte, die Gefahr eines Weltkrieges in unmittelbare Nähe gerückt wurde. Die deutsche Sozialdemokratie sollte zu diesen aufsehenerregenden Vorgängen durch eine Resolution Stellung nehmen, und vor dem Parteitag zu Jena hielt Bebel über dieses Traktandum das Hauptreferat. Es handelte sich um ein ausgesprochen kolonialpolitisches Thema, welches Gelegenheit bot, die Ablehnung des Imperialismus durch die deutsche Arbeiterschaft mit absoluter Klarheit und Entschlossenheit vor der Welt kundzutun. Die Art, wie Bebel sich seiner Aufgabe entledigte, ist so instruktiv, daß wir sie genauer betrachten müssen.

Bebel wies zunächst darauf hin, daß der deutsche Handel in Marokko im Jahrfünft 1904—1909 von 6 auf 14 Millionen (das heißt um 133 Prozent) gestiegen sei, während der englische Handel in der gleichen Zeit fast auf die Hälfte gesunken, der französische von 30 auf 52 Millionen (also nur um etwa 70 Prozent) erhöht worden war. Bebel hob hervor, «daß Marokko zu denjenigen Ländern gehört, die bei vernünftiger Wirtschaft einer großen Entwicklung fähig sind». Er betonte auch, daß «*große Vorteile für Deutschlands Handel in Aussicht ständen*», wenn die Koloni-

sation Marokkos «mit den geeigneten Mitteln, gegen die wir auch, wenn sie die rechten wären, nichts einzuwenden hätten», betrieben würde. Die Sozialdemokraten müßten der Marokko-Politik, «wie sie jetzt betrieben wird», feindlich gegenüberstehen. Gleichzeitig erklärte Bebel jedoch: «Wir (Sozialdemokraten) haben *das natürliche Verlangen, daß Deutschlands Handel und Deutschlands industrielle Entwicklung unter den gleichen Bedingungen in Marokko sich vollziehen können, wie die jedes andern Staates*, daß also alle Staaten unter voller Gleichberechtigung in Marokko ihre Interessen verfechten dürfen, daß keine (Nation) der andern vorgezogen wird, daß keine ihre Stellung mißbraucht, um die andern zurückzudrängen» . . .

Bebel zählte dann die an den marokkanischen «Ausbeutungsobjekten» interessierten Kapitalistengruppen auf: Gebrüder Mannesmann, Thyssen, Bohlen-Krupp, ein westfälisches Werk, französischerseits Schneider-Creuzot usw. Er erwähnte den gegen die französische Regierung erhobenen Vorwurf, daß sie «die Bestrebungen deutscher Interessenten, in Marokko Fuß zu fassen und dort Ausbeutungsinstitutionen zu schaffen, hintanzuhalten sucht», und er sagte in diesem Zusammenhang: «*Selbstverständlich müssen die handelspolitischen Interessen Deutschlands nach jeder Richtung hin sichergestellt werden. Sie dürfen keine Benachteiligung erfahren.*» Bebel unterstützte hiermit offenkundig — ich kann mir nicht helfen — den Drang der kapitalistischen Firmen Mannesmann, Thyssen, Bohlen-Krupp usw. nach Errichtung deutscher «Ausbeutungsinstitutionen» in Marokko. Einschränkend fügte Bebel nur hinzu, daß sich Deutschland jeder Einmischung in die innere Entwicklung Marokkos zu enthalten habe.⁵

Wie aber begründete Bebel seine Forderung, daß sich Deutschland «um die innere Entwicklung Marokkos nicht kümmern» dürfe? Etwa mit dem Argument Lenins, wonach «ein Proletariat, das sich auch nur mit der geringsten Vergewaltigung anderer Nationen durch seine Nation abfindet, nicht sozialistisch sein kann»? Oder mit dem grundsätzlichen Selbstbestimmungsrecht der Marokkaner gegenüber imperialistischen Ansprüchen europäischer Großmächte? Weit gefehlt! Bebel beschränkte sich auf die Bemerkung, Frankreich und England hätten kein Recht, Deutschland die Festsetzung in Marokko zu verwehren; sie hätten ebensowenig ein Recht, Marokko nach Gutdünken zu beherrschen, wie Deutschland das Recht habe, nach Agadir zu gehen. «*Aber bei solchen Fragen*», fuhr Bebel fort, «*kommt es nicht auf das Recht an, sondern auf die Macht . . . Jedes deutsche Schiff auf dem Wege nach Agadir muß zwischen den Küsten von Frankreich und England fahren, und beide Staaten haben die Macht, jedes Vorgehen dorthin, wenn es zur Gewalt kommt, zu verhindern und zu unterdrücken. Ob Deutschlands Macht dazu ausreicht, das durchzusetzen, ist mir mehr als fraglich.* Daß aber, und das ist entscheidend, das Objekt, das in Frage steht, die ungeheuren Opfer an Blut und Gut, die seine Sicherung erfordert, nicht im entferntesten wert ist, das steht für uns alle unverrückbar fest. *Das ist das Entscheidende.* Wir können

⁵ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll S. 335/36.

uns ganz unmöglich auf eine so gewagte, unheilvolle, geradezu verrückte Politik einlassen, wie sie hier von den Alldeutschen und Kolonialphantasten verlangt wird. Diese Politik muß notwendigerweise zu einem Weltkrieg führen, wenn die Dinge auf die Spitze getrieben werden.»⁶

Was also trennte den Sozialisten Bebel von den Alldeutschen und den Kolonialphantasten? Im Gegensatz zu diesen bezweifelte er, daß Deutschland militärisch stark genug sei, die marokkanischen Interessen seiner Kapitalisten nötigenfalls mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen. Wenn das Risiko zum Wert des in Frage stehenden Objektes sich günstiger verhalten hätte, würde Bebels «entscheidendes» Argument dahingefallen sein. Damit man ja nicht auf den Gedanken komme, daß er ein grundsätzlicher Gegner kolonialpolitischer «Ausbeutungsinstitutionen» und handelspolitischer Interessen Deutschlands sei, setzte Bebel seiner Rede noch ein effektvolles i-Tüpfelchen auf: «*Mag der Wunsch da sein, mag er tausendmal berechtigt sein, sich in Marokko festzusetzen, aber man muß sich auch im gewöhnlichen Leben oft liebe Wünsche (!) versagen, weil sie nicht durchführbar sind.* So geht es auch den Nationen. Will ich mir einen Wunsch erfüllen, so habe ich mich zu fragen: was kostet er, kannst du die Kosten tragen? Und so frage ich auch, ob wir wegen eines Stückes Marokko die ungeheuren Kosten und all die Verantwortung, die damit verbunden ist, tragen können.»⁷

Ungeachtet dieser sehr bemerkenswerten Formulierung gibt es, wie ich vernehme, auch heute noch Genossen, die sich in gläubiger Traditionsgebundenheit zu jener rührenden Legende bekennen, daß Bebel vor dem Parteitag zu Jena 1911 «eine *flammende Anklage* gegen die Kolonialpolitik gehalten und besonders die deutschen kolonialen Marokko-Interessenten *gegeißelt*» habe. In Wirklichkeit hat Bebel die Berechtigung «lieber Wünsche» auf dem Gebiete der kapitalistischen Kolonialpolitik nicht bestritten; als «entscheidendes» Argument hat er bloß — und das hätte auch ein bürgerlicher Demokrat machen können — die Überlegung ins Feld geführt, daß der Versuch, sich in Marokko festzusetzen, das deutsche Volk allzu große Opfer «kosten» werde. In der Bewertung der «Kosten» und der Erfolgsaussichten lag der Gegensatz zwischen der Auffassung Bebels einerseits und dem Standpunkt der kaiserlichen Regierung anderseits.

Bezeichnenderweise stieß Bebels Rede wie auch die von ihm verfochtene Resolution nur auf vereinzelt und schwachen Widerspruch. *Rosa Luxemburg* stellte den Antrag, in der Resolution gegen *jeden* Krieg zu protestieren, der zur Unterjochung der barbarischen und halbbarbarischen Völker durch die kapitalistischen Staaten führe. Sie verlangte, daß der Parteitag nicht nur alle Kriegshetzeereien, «sondern auch jede auf dem Wege des *diplomatischen Länderschachers* erzielte Vergrößerung des Kolonialbesitzes Deutschlands mit Empörung zurückweisen» solle.⁸ Auf diese Anträge, mit denen sich zu befassen eines sozialistischen Parteitages

⁶ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll S. 340.

⁷ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll S. 342.

⁸ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll S. 162/63.

nicht unwürdig gewesen wäre, trat man nicht ein. Auf Begehren Dr. Davids wurde beschlossen, Bebels Resolution «einstimmig ohne Debatte» zu genehmigen.⁹ In dieser Resolution wurde nicht etwa der kolonialpolitische Imperialismus an sich gebrandmarkt, sondern es wurden nur «die Bestrebungen einer großkapitalistischen Clique, in Marokko festen Fuß zu fassen, um es um so wirkungsvoller kolonialpolitisch auszubeuten und dafür Gut und Blut des deutschen Volkes in Anspruch zu nehmen», abgelehnt. Kolonialpolitische Profite auf friedlichem Wege zu erzielen, blieb demnach, entsprechend dem Inhalt der Rede Bebels, den Mannesmann, Thyssen, Bohlen-Krupp usw. nach wie vor freigestellt. Der Parteitag protestierte gegen die heraufbeschworene Gefahr bewaffneter Konflikte und gab seiner «Erwartung» Ausdruck, «daß insbesondere die deutsche Arbeiterklasse jedes mögliche Mittel anwendet, um einen Weltkrieg zu verhindern.»¹⁰

Im Zusammenhang mit dieser Behandlung der Marokko-Angelegenheit durch den Jenenser Parteitag des Jahres 1911 ist es natürlich besonders leicht, sich darüber Klarheit zu verschaffen, warum die deutsche Arbeiterschaft, trotz wiederholt bekundeter fester Vorsätze, der zum Kriege treibenden Politik des wilhelminischen Kaiserreiches nicht wirksam entgegenzutreten vermochte.

Das deutsche Proletariat hatte sich dank erfolgreicher Gewerkschaftspolitik eine erhebliche Besserung seiner Lebenshaltung erkämpft. Rascher noch als der Reallohn stiegen freilich die Kapitalprofite, weil es dem deutschen Unternehmertum gelungen war, seinen Anteil an den «Ausbeutungsinstitutionen» des Weltmarktes zu vergrößern. Durch Waren- und Kapitalexport nach wirtschaftlich rückständigen Ländern wurden riesige Extraprofite erzielt, und daraus konnte eben auch für die Arbeiterschaft, oder doch für gewisse Schichten derselben, ohne Beeinträchtigung der Unternehmergewinne, ein wesentlicher Lohnzuschuß bestritten werden. Daraus ergab sich aber logischerweise, daß die deutsche Arbeiterschaft an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen «Kolonialprofite» (im weiteren Sinne des Wortes) indirekt interessiert sein mußte, daß sie also in eine *Interessengemeinschaft* mit den imperialistischen Expansions-

⁹ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll 349/50.

¹⁰ Parteitag in Jena, 1911, Protokoll S. 160. Welcher Art die zur Verhinderung des Weltkrieges einzusetzenden Mittel sein sollten, wurde nicht präzisiert. Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart (1907) hatten die französischen Genossen (Hervé, Jaurès u. a.) beantragt, die Internationale möge beschließen, sobald ein Krieg auszubrechen drohe, einen allgemeinen Massenstreik zu organisieren. Bebel widersetzte sich diesem Gedanken sehr schroff, indem er erklärte, daß «eine Resolution mit einem solchen Inhalt für uns Deutsche einfach unannehmbar», daß sie «Verrücktheit» sei, und indem er drohte, daß der Beschluß, falls er zustande käme, von den deutschen Genossen nicht befolgt würde. Infolgedessen wurde die Resolution wie folgt abgeschwächt: «Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ... alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern» usw.

tendenzen des Kaiserreiches verstrickt wurde.¹¹ Bebels Marokko-Rede, deren «entscheidende» Abschnitte wir oben wörtlich zitiert haben, läßt diesen Zusammenhang mit der Deutlichkeit eines Schulbeispiels erkennen. Ökonomisch, soziologisch befand sich die deutsche Arbeiterschaft in einer Lage, die es ihr unmöglich machte, jede kolonialpolitische Ausbeutung schlechthin zu verwerfen. Es bestand somit ein Widerspruch zwischen der tatsächlichen Situation der deutschen Arbeiterklasse und den durch sie zu vertretenden absoluten Prinzipien des Sozialismus. Daraus erklärt sich, historisch gesehen, daß, als der Anteil Deutschlands am Weltmarkt durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges in Frage gestellt wurde, die antiimperialistischen und antimilitaristischen Losungen der SPD. plötzlich verblaßten, um durch Scheidemanns Hochruf auf Kaiser, Volk und Vaterland sowie durch einmütige Bewilligung der Kriegskredite ersetzt zu werden. Unter dem Zwang der wuchtig hereinbrechenden Kriegssituation mußte sich die deutsche Sozialdemokratie ganz eindeutig zu jener (nationalen) Ideologie bekennen, die ihrer ökonomischen Existenzgrundlage tatsächlich entsprach. In einem von gewerkschaftlicher Seite herausgegebenen Sammelwerk: «*Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis*» (Berlin 1915) wurde die These vertreten, daß die deutsche Arbeiterschaft am Siege Deutschlands mindestens so sehr interessiert sei, wie die deutschen Kapitalisten. «*Darauf, daß die deutsche Industrie eine Weltmarkt-Industrie geworden ist, beruhen auch unsere gewerkschaftlichen Erfolge.*» Im Falle eines günstigen Kriegsausganges werde sich der Anteil Deutschlands am Weltmarkt verbessern und infolgedessen auch das Lebensniveau der Arbeiterklasse erhöhen. Umgekehrt werde im Falle einer deutschen Niederlage der Ruin der deutschen Industrie sogleich den Ruin der Arbeiterklasse nach sich ziehen, weil jede erfolgversprechende gewerkschaftliche Tätigkeit abgeschnitten wäre. Deshalb habe die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages «in den deutschen Gewerkschaften einmütige Befriedigung ausgelöst» . . .

Diese Feststellungen bedeuten keinesfalls eine Herabwürdigung des deutschen Proletariats der Vorkriegszeit. Sie sollen nur die gesellschaftliche *Zwangslage* erläutern, aus der die Handlungsweise der SPD. (1914 und später) historisch, das heißt kausal verständlich wird. Von einer Herabwürdigung kann auch deshalb keine Rede sein, weil doch über die Arbeiterschaft anderer kapitalistischer Länder analoge Aussagen gemacht werden müssen.¹² Über die tatsächliche Lage der Arbeiterschaft muß

¹¹ Ausführlicher habe ich diesen Zusammenhang in meiner «Historischen Tragik der sozialistischen Idee» (Oprecht, Zürich 1939, S. 282—288) dargestellt. Ein von mir dort verwendetes Zitat bedarf der *Berichtigung*. Die auf S. 284, Zeilen 3 bis 11 von unten, zitierten Formulierungen entstammen nicht der vom Parteitag *angenommenen* Resolution (Protokoll S. 160), sondern einem zur selben Frage eingereichten *Resolutionsentwurf* (Protokoll S. 156). Der bedauerliche Fehler ist durch Verwechslung handschriftlicher Auszüge aus beiden Texten entstanden. — An der Auffassung, die ich an jener Stelle des Buches vertrete, ändert sich inhaltlich nichts, da sie durch die im vorliegenden Artikel angeführten Stellen aus Bebels Rede mit noch größerer Überzeugungskraft belegt wird.

offen und, wenn nötig, auch drastisch gesprochen werden können. Ich glaube nicht, daß ein denkender Arbeiter sich «verletzt» fühlen werde, wenn wir ihm sagen, daß Teuerungszuschüsse oder Pensionskassendotierungen, die ihm in gewissen Wirtschaftszweigen gewährt werden, nur eine kärgliche Abspeisung bedeuten im Vergleich zu den exorbitanten Konjunkturgewinnen der betreffenden Unternehmer; verletzend ist die Abspeisung selbst, nicht aber deren Kennzeichnung durch einen gebührenden Ausdruck. —

Aus der am historischen Beispiel der deutschen Sozialdemokratie gewonnenen Erkenntnis eines bestimmten Sachverhalts ergeben sich auch heute noch gültige, wertvolle Einsichten von politischer Tragweite:

Sinnlos und gefährlich ist es, wenn eine *Partei*, in der voreiligen Annahme, daß ihre Mitgliedschaft doch aus «verfluchten Kerlen» bestehe, Parolen auf ihre Fahnen schreibt, die *außerhalb ihrer realen Existenzbasis* liegen, so daß sie *im Ernstfall nicht eingehalten werden können*. Einer Bewegung, die die soziologische Analyse der von ihr zu führenden Bevölkerungsschichten vernachlässigt und die Begrenzung ihres Standortes außer acht läßt, gereicht «Radikalismus» dieser Art über kurz oder lang zum Verderben; er führt im Leben der Partei zu einer Diskrepanz zwischen Sein und Bewußtsein, indem er, bei tatsächlicher politischer Unfähigkeit, die Illusion revolutionären Wesens entstehen läßt.

Sinnlos und geradezu schädlich ist es, die Vergangenheit der eigenen Partei (oder einzelne Epochen dieser Vergangenheit) mythisch zu verherrlichen, also etwa an der Fiktion festzuhalten, daß die deutsche Sozialdemokratie bis Ende Juli 1914 — bis zum Eintritt der Bewährungsprobe — ein reines Juwel heroisch-kompromißlosen Klassenkampfes gewesen sei, — ein Juwel, das nun aus der Asche und dem Schutt des ersten Weltkrieges ausgegraben und zu neuem Glanze aufpoliert werden müsse. Denn durch solche gefühlsbedingte und subjektiv befangene Betrachtungsweise verbaut man sich nur die Möglichkeit, jene Tatsachen ans Licht zu fördern und zu erkennen, welche vor 1914 mehr oder weniger latent vorhanden waren, in ihrer vollen und erschreckenden Tragweite jedoch erst später sich auswirkten.

¹² In meiner «Historischen Tragik der sozialistischen Idee» habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß die über die deutsche Arbeiterschaft gemachten Ausführungen mutatis mutandis auch von der Arbeiterklasse anderer Großmächte gelten (S. 285). Und zur anklagenden Feststellung Jaurès', daß die deutsche Sozialdemokratie durch ihr haltloses Schwanken zwischen revolutionärer und reformistischer Einstellung eine politische Machtlosigkeit zum Ausdruck bringe, welche als ernste Gefahr für den europäischen Frieden interpretiert werden müsse, bemerkte ich, er habe nur vergessen hinzuzufügen, daß die französischen, die englischen Arbeiter ein analoges Interesse an der Prosperität des französischen, des englischen Kapitalismus nicht verleugnen konnten, und daß auch sie nicht in der Lage waren, irgendwelche Garantien für die Erhaltung des europäischen Friedens zu bieten (S. 288).